

Sehr geehrter Herr Minister Hubertus Heil,

sehr geehrte Mitarbeiter*innen des Ministeriums für Arbeit und Soziales

anliegend erhalten Sie den gemeinsam von Naturschutzorganisationen mit einem örtlichen Vertreter der Partei Bündnis 90/GRÜNE verfassten Offenen Brief, inkl. Nachtrag an die Ministerpräsidenten von Sachsen Anhalt und Nordrhein Westfalen und an die dortigen Landtagsfraktionen.

Wir bitten Sie bei der bevorstehenden Gesetzesarbeit zur Abschaffung der Werksverträge in Schlachthöfen und Fleischfabriken um Berücksichtigung der in den Briefen enthaltenen Hinweise.

Die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen sind leider nur ein Teilaspekt. Gerade der Tönnieskonzern versucht sich auf allen Gebieten einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, dazu gehören die Missachtung von Umweltbestimmungen und der Tierschutz.

Leider gehört die Einflussnahme auf die regionale Politik zur Strategie, um damit im Zusammenhang stehende Probleme so klein wie möglich zu halten. Erst die Coronapandemie hat diese bestehenden Verflechtungen nun für viele sichtbar erkennen lassen.

Hier hilft sicher nur ein Gegensteuern auf gesetzgeberischen Weg durch einen zu installierenden effektiven Kontrollmechanismus.

Wir hoffen mit unseren Schreiben ein wenig zu einer Besserung auf den benannten Gebieten beizutragen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

i. A. der in den Briefen benannten Organisationen



Büro der Abteilungsleitung II,

Eingang: 28/07/20 IIIa8

Ausgang: 28/07/20 2.w.V.

VW

Ministerbüro im BMAS		
Tgb-Nr. 18.614/1970	AE-Nr.	
☐ Minister z.K.	Eingang	Mit der Bitte um:
☐ Sta/PSts	27. Juli 2020	Antwortenwurf ☐
☒ Abt. III		Votum ☐
☐ LMB/PR+		Beantwortung ☐
☐ Abgabe		Kopie der Antwort ☐
☐		z.w.V. ☒
		L-Reg: zdA ☐
Frist:	Kopie:	

Ue. 28./7.



Kreisgruppe Burgenlandkreis,
Ortsgruppe Weißenfels

[Redacted address line 1]
[Redacted address line 2]
[Redacted address line 3]
[Redacted address line 4]



Naturfreunde Sachsen-Anhalt e.V.

[Redacted address line 1]
[Redacted address line 2]
[Redacted address line 3]



An

die Ministerpräsidenten der Länder Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen,
Herrn Dr. Reiner Haseloff, Herrn Armin Laschet

die Mitglieder der Landtage von Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen

Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Nachtrag zum Offenen Brief vom 08.07.2020

**der NaturFreunde Sachsen Anhalt e. V. , der BUND Kreisgruppe Burgenlandkreis
und von Bündnis 90/GRÜNE , Ortsgruppe Weißenfels, an die Landesregierung von
Sachsen-Anhalt und an die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen**

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Armin Laschet,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder*innen der genannten Landtage,**

in unserem Offenen Brief an die Landesregierung von Sachsen Anhalt, die Mitglieder des Landtages von Sachsen – Anhalt und den Landrat des sachsen-anhaltinischen Landkreises Burgenlandkreis hatten wir – aus, wie wir meinen, guten Gründen - die sofortige Beendigung des menschenunwürdigen Systems der Werkverträge und des die Mitarbeiter*innen in Angst und Schrecken versetzenden Umganges mit diesen, gebeten.

Die inzwischen – nicht nur in den Schlachthöfen und der Fleischverarbeitung der Tönniesgruppe bekannt gewordenen Arbeitsbedingungen und Verstöße gegen geltendes Umwelt- und Tierschutzrecht, sind – so auch Vizekanzler Scholz – in der Tat eine der vorrangig zu lösenden Aufgaben von Politik und Verwaltung sowohl im Bund als auch der Länder geworden.

Bedauerlicherweise zeigen die Erfahrungen mit der Tönniesgruppe, dass den vollmundigen Versprechungen der Verbesserungen von Situationen und deren weiterer „Betreiben“, kein Glauben geschenkt werden kann, solange die Umsetzung eben dieser Versprechungen nicht durch die Kraft des Gesetzes unterstützt wird.

Im sicherlich gemeinsamen Interesse, in jedem Unternehmen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland menschenwürdige Arbeitsbedingungen sicher zu stellen, regen wir daher an, den Worten des Bundesfinanzministers und Vizekanzlers Olaf Scholz:

„Was wir auch brauchen, ist Schutz derjenigen, von denen man plötzlich behauptet, sie seien selbstständige Unternehmer, oder die in Werkvertragsverhältnissen bei Unternehmen beschäftigt werden, obwohl es möglicherweise keine sind oder obwohl es in Wahrheit nur um eine Form der Arbeitnehmerüberlassung mit Lohndumping geht. Deshalb ist die Frage, die uns bewegt und über die wir hier miteinander zu beraten haben: Trauen wir uns zu, Regeln zu finden, die sicherstellen, dass kein Missbrauch stattfindet, sondern alles so gehandhabt wird, wie es ein ordentlicher Arbeitgeber vernünftigerweise auch ohne Gesetze tun würde, so dass diejenigen, die die Gesetze umgehen wollen, nicht gewissermaßen durch ihre Taktiken schlechte Arbeitsbedingungen durchsetzen können?“, endlich Taten folgen zu lassen.

Daher **fordern wir als überprüfbare Sofortmaßnahmen:**

- Die sofortige Umwandlung der Werksverträge in ein festes, dauerhaftes Arbeitsverhältnis.
- Die Anrechnung aller vorherigen Tätigkeiten in den Betrieben - in welcher Organisationsform auch immer - als Zugehörigkeit zum Konzern mit allen zustehenden Vergünstigungen (z. Bsp. Urlaubs- und Weihnachtsgeld).
- Eine angemessene Abfindung für bisher Beschäftigte, die in begründbaren Fällen nicht übernommen werden können !
- Die sofortige Einstellung der Akkordarbeit (die nachweislich zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten geht) !
- Der Ersatz körperlicher Schwerarbeit durch den Einsatz von moderner Technik!
- Das sofortige Beenden des Einsatzes körperlicher Gewalt zur „Verbesserung“ der Arbeitsbereitschaft der Fließbandarbeiter*innen !
- Eine elektronische Arbeitszeiterfassung, Arbeits- und Urlaubszeiten sowie Entlohnung nach tariflichen Standards !

Eben jene Zustände sind es letztendlich, die auch die Staatsanwaltschaft Bielefeld veranlasst hat, gegen die Geschäftsführung des Tönnieskonzerns zu ermitteln. Ähnliche Ermittlungen sollten – aus unserer Sicht – konsequenterweise auch umgehend gegen die Geschäftsführung des Schlachthofes in Weißenfels (dem zweitgrößten im Tönnieskonzern) eröffnet werden.

In Weißenfels scheint zudem, wie in wenigen anderen Städten der Bundesrepublik, die nicht für möglich gehaltene Verfilzung von Politik/Verwaltung mit einem Großkonzern (hier Tönnies) beobachtet werden zu können.

In keiner anderen Stadt Deutschlands hat Tönnies mutmaßlich so viel Einfluss auf Entscheidungsträger in Verwaltung und Kommunalpolitik genommen bzw. nimmt sie noch, wie in Weißenfels.

Die Äußerungen des dortigen Oberbürgermeisters legen die Vermutung nahe, der Oberbürgermeister, wie die gesamte Verwaltungsspitze und die übergroße Mehrheit der ehrenamtlichen Stadträte stünden unkritisch hinter dem so kritisierten „System Tönnies“ und schreckten auch nicht davor zurück, Kritiker dieses Systems unwürdig verbal zu attackieren oder mit perfiden Aktionen, mundtot machen zu wollen. Die letzten zwei Sitzungen des Stadtrates Weißenfels legen leider dafür ein beredtes Zeugnis ab.

Dass sich zudem eine CDU Kreisträtin ([REDACTED]) vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der vergangenen Wochen, für den Erhalt der Werksverträge ausspricht und auch der CDU - Fraktionsvorsitzende des Stadtrates von Weißenfels, vor der Abkehr dieser Werksverträge warnt, ist ebenso der Christlich Demokratischen Union unwürdig, wie es die moralischen Niederungen der politischen Entscheidungsträger in Weißenfels verdeutlichen.

Wir appellieren daher an Sie, sehr geehrter Herr Haseloff, sehr geehrte Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt, dem Beispiel Nordrhein-Westfalens zu folgen, und sich vom System Tönnies ohne Wenn und Aber zu befreien können.

Dass die Gefahren, die vom Coronavirus ausgehen, gerade in den Schlachthöfen und Fleischwerken noch lange nicht vorüber sind, zeigen mit aller Deutlichkeit die Corona-Fälle im Wiesenhof-Betrieb im niedersächsischen Lohne.

Unsere Forderungen aus dem Offenen Brief vom 8.7.2020 sind daher aktueller als je zuvor.

Was für den Stammsitz der Tönniesgruppe in Rheda- Wiedenbrück von externen Experten für gut und richtig befunden wird, muss logisch-konsequent auch für andere Standorte gelten, die entsprechenden Maßnahmen müssen daher ohne jede Zeitverzögerung an allen Standorten der Tönniesgruppe behördlich durchgesetzt werden. Dazu gehört neben den Hygienekonzepten in den Werken - mit Abstandsregeln, der Filtertechnik (mit Virenabtötung) bzw. der Umstellung auf teilweise bzw. vollständige Frischluftzufuhr für die Zerlegung und Fleischverarbeitung – auch und vor allem die Anpassung der täglichen Schlachtzahlen.

Liegen die Schlachtzahlen in Rheda- Wiedenbrück bei 25 % , so läuft der Betrieb in Weißenfels auf Volllast bzw. darüber.

Dies ist mit keinem Hygienekonzept vereinbar !

Wir fordern daher:

Solange keine nachweisbar wirksamen Maßnahmen zur Vermeidung eines Corona-Hotspots umgesetzt sind, sind die Betriebe in Weißenfels und anderswo zu schließen!

Falls die mit Aufsichtsbehörden und externen Gutachtern abgestimmten Maßnahmen umgesetzt sind, kann ein Weiterbetrieb nur mit den für die Einhaltung der Hygieneauflagen abgestimmten Schlachtzahlen (analog Rheda - Wiedenbrück - ca. 25%) erfolgen.

In der Zuversicht, dass diese – sicher nicht unbilligen - Forderungen im Land Sachsen-Anhalt nicht länger auf taube Ohren stoßen, bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Armin Laschet, gemeinsam mit Ihrem Amts- und Parteikollegen, Dr. Reiner Haseloff, gleiche Verhältnisse in Ost und West herzustellen. Unsere Forderungen aus unserem ersten Offenen Brief gelten natürlich uneingeschränkt weiter, ebenso die - neben den bereits genannten Aspekten - permanenten Verletzungen des Tierschutzes, der Tierschutztransportverordnung, des Umweltschutzes durch die Entscheidungsträger der Tönniesgruppe auch und gerade in Weißenfels - einem Unternehmensstandort, an dem exemplarisch auch die Einflussnahme bis in höchste Kreise der Politik zur Umlenkung kommunaler Haushaltsmittel (Weißenfels) und EU Förderungen zum Schaden der Allgemeinheit zu vermuten ist und konkret untersucht werden sollte.

BUND Kreisgruppe
Burgenlandkreis

Naturfreunde Sachsen-Anhalt e.V.

Bündnis 90/
Die Grünen



Anlage: Offener Brief vom 08. 07. 2020 an MP Dr. Reiner Haseloff



Kreisgruppe Burgenlandkreis, Vorstand BUND KG BLK,

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]



Ortsgruppe Weißenfels

[Redacted]
[Redacted]



Naturfreunde Deutschlands
Landesverband Sachsen – Anhalt e.V.

[Redacted]
S [Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]

An den
Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt
Dr. Reiner Haselhoff,
An die Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt

Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Offener Brief
der NaturFreunde Sachsen Anhalt e. V. , der BUND Kreisgruppe
Burgenlandkreis und von Bündnis 90/GRÜNE – Weißenfels an die
Landesregierung von Sachsen-Anhalt

**Das „System Tonnies“ in den Schlachthofen Zerbst und Weißenfels
stoppen !**

Auch wenn die auf unseren Hinweis hin durch den Landrat angeordnete - und bis auf wenige Ausnahmen - durchgeführte Massentestung auf Ansteckung mit dem Coronavirus bei den Schlachthofmitarbeitern in Weißenfels ein glücklicherweise negatives Ergebnis erbrachte, kann es aus unserer Sicht kein „Weiter so“ an den Schlachthof-Standorten der Firma Tönnies in Sachsen-Anhalt geben.

Dafür sind die Ereignisse in Rheda-Wiedenbrück und anderen Fleischfabriken zu gravierend, als dass darüber zur Tagesordnung übergegangen werden kann. So sieht es nach jahrzehntelanger Duldung und dem Prinzip des Wegschauens inzwischen auch die Bundesregierung. Vermisst wird hingegen ein klares Wort der Landesregierung von Sachsen- Anhalt und der betroffenen Kommunen, insbesondere von Weißenfels.

Anders als der Landrat [REDACTED] der nach Erkennen der möglichen Gefahr eines „Lock down“ für den [REDACTED] richtig reagiert hat, wurde vom Oberbürgermeister [REDACTED] der sich regende Protest gegen das „System Tönnies“ nach wie vor ignoriert und, schlimmer noch: auf infame Weise gestört, indem er den Teilnehmer*Innen der angemeldeten Kundgebung den bis dato üblichen Zugang zum Strom verweigerte.

Ob er damit, wie von den Naturschutzorganisationen vermutet, seiner Rolle als Erfüllungsgehilfe der Tönniesgruppe gerecht werden wollte, ist nicht zu belegen, aber durchaus anzunehmen.

Eins steht auf jeden Fall fest:

Das System Tönnies muss so schnell wie möglich beendet werden, denn:

Sich auf Herrn Tönnies mit seinem angekündigten Hygienekonzept und Ausstieg aus den Werksverträgen zu verlassen, darf auf Grund der bisherigen Erfahrungen keine Option mehr sein. In der aktuellen Corona- Krise sind die menschenunwürdigen Arbeits-und Lebensbedingungen der Beschäftigten genauso sichtbar geworden, wie die massiven Verstöße gegen das Tierwohl und den Umweltschutz. Das Unternehmen hat bisher am Rand der Legalität und mit kreativem Interpretationsspielraum des gesetzlich Erlaubten gearbeitet. Nach all den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist ein guter Grund, dass das Unternehmen nunmehr umsteuern wolle, ohne neue Schlupflöcher zu suchen, leider nicht zu erkennen.

Bisher konnte sich der Konzern auf sein fest geknüpftes Netzwerk im Bund, in den Ländern und besonders in den betroffenen Kommunen verlassen. Er wird, so ist zu vermuten, auch weiterhin die Gesundheit und das Leben der Beschäftigten riskieren und mit rigoroser Ausbeutung Billigfleisch produzieren, sofern diesem Gebaren nicht auf gesetzlichem Weg sofort Einhalt geboten wird.

Die aktuelle Situation erfordert daher effektive und die Gesundheit schützende Maßnahmen:

- Sofortige Schließung der Tönnies Schlachthöfe in WSF und Zerbst bis das für den Firmensitz erarbeitete Hygienekonzept auch in den Schlachthöfen in Sachsen- Anhalt umgesetzt wurde.
- Sollten einer Werksschließung von uns nicht erkennbare Gründe entgegenstehen, müssen weitere Massentestungen der Beschäftigten in engen Abstand folgen. Grundsätzlich Hygiene- und Abstandsregeln erfordern eine deutliche Senkung der täglichen Schlachtzahlen.

- Die von Wissenschaftlern erkannte mögliche Ursache der Infektion, die ungefilterte Umluftkühlung in der Fleischzerlegung, muss sofort durch leistungsfähige Filter mit Virenabtötung ergänzt werden.
- Für WSF besteht die Aufgabe, dass keine zusätzlichen Belastungen für das unmittelbar angrenzende Wohngebiet entstehen und die bisher schon zu hohe, außerhalb gesetzlicher Grenzwerte liegende Lärmemission sich durch neue Ventilatoren/Filter nicht noch weiter erhöht.
- Alle Werksverträge sind sofort in langfristige Beschäftigungsverhältnisse mit dem Tönnieskonzern zu überführen.
- Die ausbeuterische Akkordarbeit, ohne Rücksicht auf Gesundheit und bleibende Schäden der Mitarbeiter muss sofort beendet werden.
- Das sogenannte „Kapo-System“ mit kriminell agierenden Vorarbeitern zum Antreiben der Mitarbeiter ist menschenunwürdig und daher grundsätzlich zu verbieten.
- Die Arbeitszeit ist fälschungssicher elektronisch zu erfassen und muss den in Deutschland üblichen Standard von Tarifparteien entsprechen. Für Überstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sind angemessene Zuschläge zu bezahlen.
- Das übliche Hochfahren der Bandgeschwindigkeit zur Anpassung an Marktgegebenheiten, aber zu Lasten der Mitarbeiter gehend - hat zu unterbleiben. Eine fälschungssichere Dokumentationspflicht ist Fa. Tönnies aufzuerlegen.
- Der zuständigen Gewerkschaft ist jederzeit und unangekündigt der Zutritt auf das Firmengelände zu gewähren, um z. Bsp. Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen kontrollieren zu können.
- Mitarbeitern müssen, ohne Angst vor sofortiger Kündigung, die Möglichkeit haben sich gewerkschaftlich zu organisieren und einen vom Unternehmen unabhängigen Betriebsrat zu etablieren.
- Verbandsklagerecht von Gewerkschaften zur Durchsetzung von Arbeitsschutzbestimmungen ist zu erlauben.
- Verschärfte und häufige Kontrollen der Einhaltung von Arbeits-, Gesundheits- und Tierschutz durch zuständige Behörden auf Landes- und Landkreisebene.
- Vollgestopfte Massenunterkünfte mit horrenden Mieten für ausländische Arbeitskräfte müssen durch Werkswohnungen, die angemessenen Wohnraum für den Einzelnen bieten und bezahlbar sind, abgelöst werden.
- Die erkennbare Abhängigkeit von auf den Schlachthof eingesetzten Mitarbeitern des Veterinäramtes (Tierarzt, Tierarztassistent) von Konzerninteressen muss durch organisatorische Maßnahmen zuverlässig unterbunden werden (Rotationsprinzip wie in Bayern einführen!).